Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10259

30. 03. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Müller (Zittau), Ernst Schwanhold, Anke Fuchs (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/5754 –

Außenwirtschaftliche Stärkung des Mittelstandes

A. Problem

Bildung einer Aktionsgemeinschaft von Bund und Ländern zur konzentrierten Unterstützung von Exporten des Mittelstandes in die Wachstumsregionen Asiens sowie zur Verbesserung der außenwirtschaftlichen Infrastruktur.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/5754 – abzulehnen.

Bonn, den 25. März 1998

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Erich G. Fritz**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

I.

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/5754 – wurde in der 178. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. Juni 1997 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuß und den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 1. Oktober 1997 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

III.

Nach Auffassung der Antragsteller hat die Außenpolitik der Bundesregierung die besondere Herausforderung für den deutschen Mittelstand bislang nicht hinreichend aufgegriffen. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und insbesondere die des deutschen Mittelstandes in den Ländern der neuen Wachstumsregionen bewahren und verbessern helfen. Im einzelnen sind dies die Einrichtung einer Aktionsgemeinschaft Asien-Pazifik von Bund und Ländern mit dem Ziel der Bündelung der Aktivitäten auf deutscher Seite, daneben der Ausbau der außenwirtschaftlichen Infrastruktur in den Zielregionen, der hauptsächlich die Kontaktstellen zu den ausländischen Partnern umfassen soll, sowie die Erweiterung und Flexibilisierung des außenwirtschaftlichen Instrumentariums; die verfügbaren Mittel sollen projektbezogen als verlorene Zuschüsse, Zinszuschüsse oder Bürgschaften vergeben werden. Zur Finanzierung dieser Aufgaben ist anfangs die Verdoppelung der bisher eingesetzten Mittel von seiten des Bundes notwendig. Nachdem erste Erfahrungen mit dem gemeinsamen Programm gewonnen worden sind, ist eine aufgabengerechte Erhöhung bei haushaltsentsprechender Deckung vorzusehen.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 4. März 1998 beraten. Er hat mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie der Gruppe der PDS, gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/5754 – zu empfehlen.

Bonn, den 25. März 1998

Erich G. Fritz

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333